

**Vorvertragliche Information für außerhalb
von Geschäftsräumen geschlossene
Verträge und für Fernabsatzverträge**

**Festgeld
FestgeldBusiness**

Stand: 11.12.2024

Diese Information steht nur in deutscher
Sprache zur Verfügung.

Diese Information wird regelmäßig an unsere
Kunden herausgegeben, unabhängig davon,
ob tatsächlich eine Relevanz nach
Fernabsatz oder Außer-Haus-Geschäft
besteht.

I. Allgemeine Informationen

Name und Anschrift der Bank

EthikBank eG
Zweigniederlassung der
Volksbank Eisenberg eG
Martin-Luther-Str. 2
07607 Eisenberg
Telefon: (036691) 86 23 45*
Telefax: (036691) 86 23 47
eMail: hallo@ethikbank.de
*Kosten zusätzlicher Art fallen nicht an

Volksbank Eisenberg eG
Martin-Luther-Str. 2
07607 Eisenberg
Telefon: (036691) 58 58*
Telefax: (036691) 58-555
eMail: hallo@my-Volksbank.de.de
*Kosten zusätzlicher Art fallen nicht an

**Gesetzlich Vertretungsberechtigter der
Bank ist der Vorstand:**

Katrin Spindler
Thomas Meyer
Toni Scheller

Hauptgeschäftstätigkeit der Bank:

Gegenstand des Unternehmens ist der
Betrieb von Bankgeschäften aller Art und von
damit zusammenhängenden Geschäften.

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Die für die Zulassung von Kreditinstituten
zuständige Aufsichtsbehörde ist die
Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße
22, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland
(Postanschrift: Europäische Zentralbank,
60640 Frankfurt am Main, Deutschland); die
für den Schutz der kollektiven
Verbraucherinteressen zuständige
Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin),
Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn bzw.
Marie-Curie-Str. 24–28, 60439 Frankfurt am
Main.

**Eintragung der Hauptniederlassung
Genossenschaftsregister:**

Amtsgericht Jena Nr. 200076

**Eintragung der Zweigniederlassung
Genossenschaftsregister:**

Amtsgericht Jena Nr. 200076

Umsatzsteueridentifikationsnummer

DE150545402

Vertragsprache:

Maßgebliche Sprache für dieses
Vertragsverhältnis und die Kommunikation

mit dem Kunden während der Laufzeit des
Vertrages ist Deutsch.

Rechtsordnung/Gerichtsstand:

Gemäß Nr. 6 Abs. 1 der „**Allgemeinen
Geschäftsbedingungen**“ gilt für den
Vertragsschluss und die gesamte
Geschäftsverbindung zwischen dem
Kunden und der Bank deutsches Recht.
Es gibt keine vertragliche Gerichts-
standsklausel.

Außergerichtliche Streitschlichtung:

Bei Beschwerden wenden Sie sich bitte an:
EthikBank eG
Zweigniederlassung der
Volksbank Eisenberg eG
Service: Beschwerdemanagement
Martin-Luther-Str. 2
07607 Eisenberg
Telefon: (036691) 86 23 45
Telefax: (036691) 86 23 47
eMail: hallo@ethikbank.de

Volksbank Eisenberg eG
Service: Beschwerdemanagement
Martin-Luther-Str. 2
07607 Eisenberg
Telefon: (036691) 58 58
Telefax: (036691) 58-555
eMail: hallo@my-Volksbank.de

Die Bank nimmt nicht am
Streitbeilegungsverfahren der deutschen
genossenschaftlichen Bankengruppe teil.
Bei Streitigkeiten aus der Anwendung

(1) der Vorschriften des Bürgerlichen
Gesetzbuchs betreffend
Fernabsatzverträge über
Finanzdienstleistungen,

(2) der §§ 491 bis 508, 511 und 655a bis
655d des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie
Artikel 247a § 1 des Einführungsgesetzes
zum Bürgerlichen Gesetzbuch,

(3) der Vorschriften betreffend
Zahlungsdienstverträge in
a. den §§ 675c bis 676c des Bürgerlichen
Gesetzbuchs,

b. der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 des
Europäischen Parlaments und des Rates
vom 16. September 2009 über
grenzüberschreitende Zahlungen in der
Gemeinschaft und zur Aufhebung der
Verordnung (EG) Nr. 2560/2001 (ABl. EU L
226 vom 9.10.2009, S. 11), die durch Artikel
17 der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des
Europäischen Parlaments und des Rates
vom 14. März 2012 zur Festlegung der
technischen Vorschriften und der
Geschäftsanforderungen für
Überweisungen und Lastschriften in Euro
und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr.
924/2009 (ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 22)
geändert worden ist, und

c. der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des
Europäischen Parlaments und des Rates
vom 14. März 2012 zur Festlegung der
technischen Vorschriften und der
Geschäftsanforderungen für
Überweisungen und Lastschriften in Euro
und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr.
924/2009 (ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 22),
die durch die Verordnung (EU) Nr.
248/2014 (ABl. L 84 vom 20.3.2014, S. 1)
geändert worden ist,

d. der Verordnung (EU) 2015/751 des

Europäischen Parlaments und des Rates
vom 29. April 2015 über Interbankenentgelte
für kartengebundene Zahlungsvorgänge (ABl.
L 123 vom 19.5.2015, S. 1),

(4) der Vorschriften des
Zahlungsdienststeuergesetzes, soweit sie
Pflichten von E-Geld-Emittenten oder
Zahlungsdienstleistern gegenüber ihren
Kunden begründen,

(5) der Vorschriften des
Zahlungskontengesetzes, die das Verhältnis
zwischen einem Zahlungsdienstleister und
einem Verbraucher regeln,

(6) der Vorschriften des
Kapitalanlagegesetzbuchs, wenn an der
Streitigkeit Verbraucher beteiligt sind, oder

(7) sonstiger Vorschriften im
Zusammenhang mit Verträgen, die
Bankgeschäfte nach § 1 Abs. 1 Satz 2 des
Kreditwesengesetzes oder
Finanzdienstleistungen nach § 1 Abs. 1a
Satz 2 des Kreditwesengesetzes betreffen,
zwischen Verbrauchern und nach dem
Kreditwesengesetz beaufsichtigten
Unternehmen

kann sich der Kunde für die Streitigkeiten
nach den Nummern 1 bis 5 an die bei der
Deutschen Bundesbank eingerichtete
Verbraucherschlichtungsstelle und für die
Streitigkeiten nach den Nummern 6 bis 7 an
die bei der Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht eingerichtete
Verbraucherschlichtungsstelle wenden. Die
Verfahrensordnung der Deutschen
Bundesbank ist erhältlich unter: Deutsche
Bundesbank, Wilhelm-Epstein-Straße 14,
60431 Frankfurt, E-Mail:
schlichtung@bundesbank.de. Die
Verfahrensordnung der Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht ist erhältlich
unter: Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht,
Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, E-
Mail: schlichtungsstelle@bafin.de.

Betrifft der Beschwerdegegenstand eine
Streitigkeit aus dem Anwendungsbereich des
Zahlungsdienstrechts (§§ 675c bis 676c des
Bürgerlichen Gesetzbuchs, Art. 248 des
Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen
Gesetzbuch, § 48 des
Zahlungskontengesetzes und Vorschriften
des Zahlungsdienststeuergesetzes)
besteht zudem die Möglichkeit, eine
Beschwerde bei der Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht einzulegen.
Die Verfahrensordnung ist bei der
Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht erhältlich. Die
Adresse lautet: Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht,
Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn.
Zudem besteht auch die Möglichkeit, eine
Beschwerde unmittelbar bei der Bank
einzulegen. Die Bank wird Beschwerden in
Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-
Mail) beantworten.

Die Europäische Kommission stellt unter
<https://ec.europa.eu/consumers/odr/> eine
Plattform zur außergerichtlichen Online-
Streitbeilegung (sogenannte OS-Plattform)
bereit.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht stellt unter https://www.bafin.de/DE/Verbraucher/BeschwerdenStreitschlichtung/BeiBaFinbeschwerden/BeiBaFinbeschwerden_node.html Wissenswertes zu Beschwerden über beaufsichtigte Unternehmen bereit.

Zudem besteht die Möglichkeit, eine zivilrechtliche Klage einzureichen.

Hinweis zum Bestehen einer freiwilligen Einlagensicherung:

Die Bank ist der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Dieses institutsbezogene Sicherungssystem hat die Aufgabe, drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten bei den ihnen angeschlossenen Instituten abzuwenden oder zu beheben. Alle Institute, die diesem Sicherungssystem angeschlossen sind, unterstützen sich gegenseitig, um eine Insolvenz zu vermeiden.

II. Informationen zu den Produkten

Wesentliche Leistungsmerkmale

Bei dem Produkt handelt es sich um ein Termineinlagenkonto, bei dem ein fester Zinssatz für die vereinbarte Laufzeit für den vereinbarten Betrag gilt.

Die Wertentwicklung des eingezahlten Kapitals hängt vom Vertragszins ab. Durch die Orientierung des Vertragszinssatzes an den Marktverhältnissen kann das Produkt zu einem negativen Zins abgeschlossen bzw. prolongiert werden. Dadurch kann es zur Berechnung negativer Zinsen und somit zu einer Verringerung des eingezahlten Kapitals kommen.

Der Anlagebetrag wird zu Vertragsbeginn vereinbart und eingezahlt. Verfügungen und Zuzahlungen sind während des laufenden Anlagezeitraumes ausgeschlossen.

Preise:

Die aktuellen Preise für die Dienstleistungen der Bank im Zusammenhang mit diesem Produkt ergeben sich aus dem Ihnen als Anlage beigefügten **Vertrag, bzw. Antrag** oder dem als Anlage beigefügten **Preis- und Leistungsverzeichnis**.

Die Änderung von Zinsen und Entgelten während der Laufzeit des Vertrages erfolgt nach Maßgabe der **Allgemeinen Geschäftsbedingungen**.

Hinweis auf vom Kunden zu zahlende Steuern und Kosten:

Die Kontoführung ist unentgeltlich. Die Zinserträge unterliegen der Kapitalertragssteuer (Abgeltungssteuer), dem Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls der Kirchensteuer.

Negativzinsen sind nicht steuermindernd zu berücksichtigen.

Bei Fragen sollte sich der Kunde an die für ihn zuständige Steuerbehörde bzw. seinen steuerlichen Berater wenden.

Es gibt keinen Leistungsvorbehalt, es sei

denn, dieser ist ausdrücklich vereinbart.

Kosten, die nicht von der Bank abgeführt oder in Rechnung gestellt werden (z. B. für Telefon, Internet, Porti), hat der Kunde selbst zu tragen.

Zahlung und Erfüllung des Vertrages:

Zinsen werden am Ende des Anlagezeitraums gutgeschrieben oder im Falle der Berechnung negativer Zinsen belastet.

Vertragliche Kündigungsregeln:

Der Vertrag ist nicht kündbar, sondern endet mit der vereinbarten Laufzeit.

Sofern der Kunde nicht jeweils bis zum Fälligkeitstermin eine andere Weisung gibt, wird im Interesse des Kunden die Anlage zu dem dann geltenden Zinssatz um die gleiche Anlagedauer verlängert.

Mindestlaufzeit des Vertrages:

Die Mindestlaufzeit für ein Festgeld beträgt 360 Tage

Sonstige Rechte und Pflichten von Bank und Kunde:

Die Bank erwirbt als Sicherheit für Ihre Forderungen ein Pfandrecht an den Wertpapieren und Sachen, an denen eine inländische Geschäftsstelle Besitz erlangt oder noch erlangen wird. Die Bank erwirbt ein Pfandrecht auch an den Ansprüchen, die dem Kunden gegen die Bank aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung zustehen oder künftig zustehen werden. Das Pfandrecht dient der Sicherung aller bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche, die der Bank gegen den Kunden zustehen.

Für den gesamten Geschäftsverkehr gelten ergänzend die beiliegenden „**Allgemeinen Geschäftsbedingungen**“ der Bank. Daneben gelten die beiliegenden Sonderbedingungen, die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen „**Allgemeinen Geschäftsbedingungen**“ enthalten können:

-ggf. Produktbedingungen gemäß dem Kontoeröffnungsantrag.

Die genannten Bedingungen stehen nur in deutscher Sprache zur Verfügung. Bei Änderungsvereinbarungen ergeben sich weiterführende Informationen auch aus der ursprünglichen Vertragsurkunde.

III. Informationen über die Besonderheiten bei Fernabsatz- und bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen

Für den Fall, dass der Vertrag • im Fernabsatz, d. h. die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter haben für die Vertragsverhandlungen und den Vertragsschluss im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems ausschließlich Fernkommunikationsmittel verwendet, oder • außerhalb von Geschäftsräumen, d. h. die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter haben den Vertrag bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit außerhalb von

Geschäftsräumen der Bank geschlossen bzw. der Kunde hat sein Angebot bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit außerhalb von Geschäftsräumen abgegeben oder der Vertrag wurde in den Geschäftsräumen der Bank geschlossen, der Kunde wurde jedoch unmittelbar zuvor außerhalb der Geschäftsräume bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit des Kunden und der Bank persönlich und individuell angesprochen, geschlossen wird, gilt ergänzend Folgendes:

Information zum Zustandekommen des Vertrages im Fernabsatz- und bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen:

Der Kunde gibt gegenüber der Bank ein ihm bindendes Angebot auf Abschluss des Vertrags ab, indem ein unterzeichnetes Exemplar der Vertragsurkunde der Bank zugeht.

Im elektronischen Geschäftsverkehr gibt der Kunde gegenüber der Bank ein bindendes Angebot auf Abschluss des Vertrags ab, indem er den online ausgefüllten und elektronisch (z. B. durch Eingabe einer TAN oder Drücken des entsprechenden Buttons) autorisierten Vertrag online an die Bank übermittelt und dieser ihr zugeht.

Der Vertrag kommt zustande, wenn die Bank den Vertrag ausdrücklich oder durch konkludentes Handeln (z. B. Kontoeröffnung, Zusendung der Bank- oder Kreditkarte, Zurverfügungstellung von elektronischen Zugangs- und Sicherungsmedien, Einbindung von Fremdbankkonten im Online-Banking etc.) annimmt.

Widerrufsbelehrung

Abschnitt 1

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen.

Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erhalten haben.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt.

Der Widerruf ist zu richten an:

EthikBank eG
Zweigniederlassung der
Volksbank Eisenberg eG
Martin-Luther-Str. 2
07607 Eisenberg
Faxnummer: (036691) 86 23 47
E-Mail-Adresse: halle@ethikbank.de
Internet: www.ethikbank.de oder

Volksbank Eisenberg eG
Martin-Luther-Str. 2
07607 Eisenberg
Faxnummer: (036691) 58-555
E-Mail-Adresse:hallo@my-
Volksbank.de
Internet: www.my-Volksbank.de

Abschnitt 2

Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des
Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende
Angaben:

1. die Identität des Unternehmers;
anzugeben ist auch das öffentliche
Unternehmensregister, bei dem der
Rechtsträger eingetragen ist, und
die zugehörige Registernummer
oder gleichwertige Kennung;
2. die Hauptgeschäftstätigkeit des
Unternehmers und die für seine
Zulassung zuständige
Aufsichtsbehörde;
3. die Identität des Vertreters des
Unternehmers in dem Mitgliedstaat
der Europäischen Union, in dem
der
Verbraucher seinen Wohnsitz hat,
wenn es einen solchen Vertreter
gibt, oder einer anderen
gewerblich
tätigen Person als dem
Unternehmer, wenn der
Verbraucher mit dieser Person
geschäftlich zu tun hat, und
die Eigenschaft, in der diese
Person gegenüber dem
Verbraucher tätig wird;
4. die ladungsfähige Anschrift des
Unternehmers und jede andere
Anschrift, die für die
Geschäftsbeziehung
zwischen dem Unternehmer und
dem Verbraucher maßgeblich ist,
bei juristischen Personen,
Personenvereinigungen oder
Personengruppen auch den
Namen des
Vertretungsberechtigten;
5. die wesentlichen Merkmale der
Finanzdienstleistung sowie
Informationen darüber, wie der
Vertrag zustande kommt;
6. den Gesamtpreis der
Finanzdienstleistung
einschließlich aller damit
verbundenen Preisbestandteile
sowie
alle über den Unternehmer
abgeführten Steuern oder, wenn
kein genauer Preis angegeben
werden kann,
seine Berechnungsgrundlage, die
dem Verbraucher eine Überprüfung
des Preises ermöglicht;
7. gegebenenfalls zusätzlich
anfallende Kosten sowie einen
Hinweis auf mögliche weitere
Steuern oder
Kosten, die nicht über den
Unternehmer abgeführt oder von
ihm in Rechnung gestellt werden;
8. Einzelheiten hinsichtlich der
Zahlung und der Erfüllung;
9. das Bestehen oder Nichtbestehen
eines Widerrufsrechts sowie die

Bedingungen, Einzelheiten der
Aus-
übung, insbesondere Name und
Anschrift desjenigen, gegenüber
dem der Widerruf zu erklären ist,
und die
Rechtsfolgen des Widerrufs
einschließlich Informationen über
den Betrag, den der Verbraucher
im Fall des
Widerrufs für die erbrachte
Leistung zu zahlen hat, sofern er
zur Zahlung von Wertersatz
verpflichtet ist
(zugrundeliegende Vorschrift: §
357b des Bürgerlichen
Gesetzbuchs);

10. die Mindestlaufzeit des Vertrags,
wenn dieser eine dauernde oder
regelmäßig wiederkehrende
Leistung
zum Inhalt hat;
11. die Mitgliedstaaten der
Europäischen Union, deren Recht
der Unternehmer der Aufnahme
von Beziehungen zum Verbraucher
vor Abschluss des Vertrags
zugrunde legt;
12. eine Vertragsklausel über das auf
den Vertrag anwendbare Recht
oder über das zuständige Gericht;
13. die Sprachen, in denen die
Vertragsbedingungen und die in
dieser Widerrufsbelehrung
genannten Vorabinformationen
mitgeteilt werden, sowie die
Sprachen, in denen sich der
Unternehmer verpflichtet, mit
Zustimmung des Verbrauchers die
Kommunikation während der
Laufzeit dieses Vertrags zu führen;
14. den Hinweis, ob der Verbraucher
ein außergerichtliches
Beschwerde- und
Rechtsbehelfsverfahren, dem der
Unternehmer unterworfen ist,
nutzen kann, und gegebenenfalls
dessen Zugangsvoraussetzungen;
15. das Bestehen eines Garantiefonds
oder anderer
Entschädigungsregelungen, die
weder unter die gemäß der
Richtlinie 2014/49/EU des
Europäischen Parlaments und des
Rates vom 16. April 2014 über
Einlagensicherungssysteme (ABl.
L 173 vom 12.6.2014, S. 149; L 212
vom 18.7.2014, S. 47; L 309 vom
30.10.2014, S. 37)
geschaffenen
Einlagensicherungssysteme noch
unter die gemäß der Richtlinie
97/9/EG des Europäischen
Parlaments und des Rates vom 3.
März 1997 über Systeme für die
Entschädigung der Anleger (ABl. L
84
vom 26.3.1997, S. 22) geschaffenen
Anlegerentschädigungssysteme
fallen.

Abschnitt 3

Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs
sind die beiderseits empfangenen
Leistungen zurückzugewähren.

Sie sind zur Zahlung von Wertersatz
für die bis zum Widerruf erbrachte
Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie
vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf

diese Rechtsfolge hingewiesen
wurden und ausdrücklich zugestimmt
haben, dass wir vor dem Ende der
Widerrufsfrist mit der Ausführung der
Gegenleistung beginnen. Besteht eine
Verpflichtung zur Zahlung von
Wertersatz, kann dies dazu führen,
dass Sie die vertraglichen
Zahlungsverpflichtungen für den
Zeitraum bis zum Widerruf dennoch
erfüllen müssen.

Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig,
wenn der Vertrag von beiden Seiten
auf Ihren ausdrücklichen Wunsch
vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr
Widerrufsrecht ausgeübt haben.

Verpflichtungen zur Erstattung von
Zahlungen müssen innerhalb von 30
Tagen erfüllt werden.

Die Frist beginnt für Sie mit der
Absendung Ihrer Widerrufserklärung,
für uns mit deren Empfang.

Besondere Hinweise

Bei Widerruf dieses Vertrags sind Sie
auch an einen mit diesem Vertrag
zusammenhängenden Vertrag nicht
mehr gebunden, wenn der
zusammenhängende
Vertrag eine Leistung betrifft, die von
uns oder einem Dritten auf der
Grundlage einer Vereinbarung
zwischen uns und dem Dritten
erbracht wird.

Ende der Widerrufsbelehrung

Ende der Informationsschrift